

Kai v. Schauroth

Aktionsgemeinschaft Kleiner Tannenwald

Chronologie der Ereignisse

1989 – 1993

24. April 2013

Entgegen der Beschreibung in der Einladung: ich war kein Vorstandsmitglied. Die AKT hatte keinen Vorstand, sondern nur Sprecher.

Meine Arbeit, gemeinsam mit der Grafiker-Kollegin Regina Henze, war sicher das kleinste Rad im Getriebe der AKT. Wir gestalteten und setzten den Tannenwald-Report.

Den größten Teil der Arbeit und damit auch den Verdienst des Erfolges der Aktionsgemeinschaft gebührt den Herren Karl M. Eingärtner und dem Rechtsanwalt Dr. Manfred Grosshauser, sowie den weiteren 24 Sprechern der AKT.

Ich selber wohnte seit meinem 3ten Lebensjahr, von 1964 bis 1983 in der Tannenwaldallee. Und 2005 zog ich dann wieder in mein Elternhaus ein, in dem ich noch heute sehr gerne wohne.

Der kleine Tannenwald – von uns damals das Gretel-Wäldchen genannt – war unser bevorzugter Spielplatz. Düster, verwildert – es animierte zu phantasievollen Spielen.

In der Jugend dann auch ein guter Ort, um abseits des Elternhaus mit der ersten Freundin ein ungestörtes Plätzchen zu finden.

Mit dem Auszug nach dem Abitur Anfang der 80er geriet auch bei mir das Gretel-Wäldchen in Vergessenheit.

Doch dann kann der heiße Herbst 1989 ...

Anfänglich drangen im Spätsommer Gerüchte durch, dass der „Kleine Tannenwald“ von einer Investorengruppe gekauft sei. Ein kleines Kurhotel soll auf einem Nebengrundstück entstehen.

Erinnerungen wurden wach, als die Tannenwaldallee noch bis Anfang der 70er Jahre eines der Verkehrsadern nach Oberstedten und in den Hintertaunus war. Den ganzen Tag donnerten viele Autos und LKWs durch die schmale Allee.

Und die Gerüchte bestätigten sich sehr schnell. Und es ging nicht um ein kleines Kurhotel, sondern um ein Riesenprojekt: Zwei Kongresshotels am und im Kleinen Tannenwald.

Doch nun zu der Chronologie der Ereignisse. Diese habe ich anhand der eignen Unterlagen und der von Jörg Hölzer und Regina Henze zur Verfügung gestellten rekonstruiert.

Es ist eine Reise in die Tiefen der Bürokratie und Willkür der damaligen Stadtverwaltung und Parteienlandschaft, dem Aufbegehren von Bad Homburger Bürgern, aber auch ein Zeichen, das wir in einer funktionierenden Demokratie leben:

15. September 1989

Die M.D. Messe Domizil GmbH und Nimbus Grundbesitz GmbH stellt zwei Bauanträge für ein Messe- und Kongresshotel am Kleinen Tannenwald und ein weiteres Hotel im „Kleinen Tannenwald“.

Aus der Projektbeschreibung der Investorengruppe:

Das Schlosshotel Bad Homburg. Die neue Erlebniswelt mit ganz persönlichen Service. Das neue DB-Swiss-Hotel, dessen Charm und Chic begeistert.

- 484 Betten
- 12 Konferenzräume für bis zu 1200 Gäste
- Restaurant, Biergarten, Weinforum, Römertherme mit Schwimmbad, Sauna und Wasserfall

Von der Bauaufsicht wurde schon im Mai 1989 eine Bauvoranfrage für das Schlosshotel positiv beschieden.

Der damalige Stadtbaurat Wolfgang Weber von der CDU hatte den Magistrat der Stadt Bad Homburg nicht über das Hotelprojekt informiert. Als Reaktion bemerkt der Fraktionssprecher der Grünen, Michael Korwisi, dass die CDU ihre Fürsorgepflicht gegenüber dem Bürger nicht so ernst nehme, wie gegenüber einem Investor, der sich eine goldene Nase verdienen wolle.

Bemerkenswert war auch, dass dieses Gebiet als „Sondergebiet Kur Kategorie A“ ausgewiesen war, in dem, wenn überhaupt, nur Kureinrichtungen gebaut werden dürfen.

Die lokale Presse berichtet erstmals.

7. Oktober 1989

Im Haus von Kalr Eingärtner im Landgraf-Phillip-Ring wird die Aktionsgemeinschaft Kleiner Tannenwald“, kurz AKT genannt, gegründet. Sie definiert u.a. folgende Ziele:

- Erhalt des Biotops „Kleiner Tannenwald“ als „Grüne Lunge“ (...)
 - Erhalt des Wohngebiets „Berliner Siedlung und Tannenwald“
 - Verhindern von zusätzlich ca. 30.000 Verkehrsbewegungen im Monat
 - Durchsetzung des Bürgerwillens unter Einbezug aller rechtlichen Mittel (...)
-

12. Oktober 1989

Kurdirektor Peter Bruckmeier sieht gegenüber der Frankfurter Rundschau alles gelassen. Er empfindet ein neues Kongresshotel im Kleinen Tannenwald als eine Ergänzung zum Angebot Bad Homburgs als Tagungsort. Die Nachfrage nach Konferenzräumen im Rhein-Main-Gebiet werde mit Blick auf den EG-Binnenmarkt immens steigen.

14. Oktober 1989

Gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärt CDU-Vorsitzender Bernd Hamer, dass er gegen das Schlosshotel sei und forderte die Bauverwaltung auf, sich streng an die 1983 verabschiedete Festlegung des Bebauungsplans zu halten. Auch das zweite, geplante Hotel könne nur genehmigt werden, wenn es ein Sanatorium, eine Kurklinik oder ein Kurhotel sei.

Die Rundschau verkündet am gleichen Tag, dass Bernd Hamer erklärte, das Thema sei erstmal erledigt.

21. Oktober 1989

CDU-Fraktionsvorsitzender Franz Kautzner kritisiert die Aussagen seines Vorsitzenden Bernd Hamer gegenüber der Taunus-Zeitung. Zu sagen, die Dinge seien gestorben, sei zu weit gegriffen. Wenn einer einen Rechtsanspruch habe, dass sein Bauantrag genehmigt wird, so wird er genehmigt.

22. Oktober 1989

Der CDU-Ortverband Gartenfeld/Berliner Siedlung lädt zu einer Informationsveranstaltung. Rund 250 Bürgerinnen und Bürger kommen.

Der CDU-Fraktionvorsitzende Herr Kaunzner überrascht bei der Eröffnungsrede die Anwesenden, dass die CDU-Fraktion gegen den Hotelbau sei. Für das, was passiere, sei die Verwaltung und nicht die Partei zuständig.

Parteikollege und Stadtbaurat Wolfgang Weber – der u.a. auch die Verwaltung vertritt – blieb aber seiner Linie treu. Für ihn sind die Kongress- und Tagungsräume typisch für einen Kurbetrieb und er beteuert, dass sich der Verkehr im Falle des Hotelbaus kaum nennenswert erhöhen werde.

Ein professionelles Gutachten solle beauftragt werden, dass klären werde, was ein Kongress- und was ein Kurbetrieb ist.

Oktober 1989

Stadtbaurat Wolfgang Weber weigert sich, der AKT Einsicht in die Bauakten zu geben.

Durch einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht durch AKT-Sprecher und Rechtsanwalt Dr. Manfred Grosshauser wird Akteneinsicht gewährt.

Der BUND hat eine Dienstaufsichtsbeschwerde beim Regierungspräsidenten gegen Wolfgang Weber eingereicht.

31. Oktober 1989

Durch Rundschreiben der Aktionsgemeinschaft und Aufruf durch die lokale Presse wird eine Bürgerversammlung in der Christuskirche organisiert, bei der über den „Bauskandal“ informiert wird. Über 300 Interessierte kommen.

Überraschend erscheint auch der Bauherr des Hotelprojekts, Herr Jürgen Weber, bei der Bürgerversammlung und bietet an, sich mit der AKT an einen Tisch zusetzen. Er distanziert sich von den Inhalten des Hotelprospektes der Investorengruppe, bemerkt jedoch, dass der Bauantrag dem Bebauungsplan entspreche. Auf die Frage, wie sich der Betrieb des Hotels auf die Umgebung auswirke sagt Weber: „Was der Pächter macht, ist nicht meine Sache.“

Anfang November 1989

Bauherr Jürgen Weber veröffentlicht eine neue Hotelbeschreibung, die in blumigen Worten nicht Konferenzen, sondern Erholung in den Vordergrund stellt. Und er beschreibt eine neue Idee des künftigen Pächters, Herrn Dave Box, um die Verkehrsbelastung zu reduzieren: Man werde mehrere Pferdekutschen zwischen dem Kleinen Tannenwald und der City einsetzen.

10. November 1989

Die AKT trifft mit dem Rechtsamt und der Bauaufsichtsbehörde der Stadt Bad Homburg eine Verwaltungsvereinbarung, die drei wesentliche Punkte enthält:

- Die AKT, vertreten durch den Anwalt Dr. Manfred Grosshauser, wird als Vertretung der Anlieger anerkannt
 - Die AKT erhält auf Bedarf uneingeschränkte Akteneinsicht
 - Der Magistrat wird keine Entscheidungen in der Sache treffen, ohne die AKT zu informieren.
-

Dezember 1989

Der erste Tannenwald-Report erscheint mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren. Diese werden u.a. im Gebiet Tannenwald und Berliner Siedlung, an die Unterstützer und die Fraktionen der Stadt verteilt.

Januar 1990

In einem Artikel im Tannenwald-Report Nr. 2 weist Ing. Herbert Steuer darauf hin, dass schon 1977 die regionale Planungsgemeinschaft Untermain im Auftrag des Bundesministers des Inneren eine aufwendige Klimauntersuchung im Taunus durchgeführt hatte. In diesem Bericht wurde mehrfach dringend gefordert, die radial auf die Stadtgebiete zuführenden Grünzüge unter keinen Umständen zu verbauen.

März 1990

Das vom Magistrat der Stadt Bad Homburg gestellte Gutachten wird veröffentlicht. Darin äußert der Baurechtsexperte Dr. Rudolf Stich Bedenken gegen den Bebauungsplan mit zwei Hotels:

- Die Verkehrserschließung für beide Hotels verletze geltende Rechtsgrundsätze
- Der Bebauungsplan Nr. 27 weise erhebliche Rechtsmängel auf, gerade in Bezug auf die enorme Verkehrsbelastung
- Die naturschutzrechtlichen Belange bei der Erteilung des Bauvorbescheides seien nicht berücksichtigt worden
- Der klar formulierte Akzent beider Hotels als Kongresshotels widerspräche dem genehmigten „Sondergebiet Kur“

Reaktionen des OB Assmann: „Das Gutachten ist lediglich die Äußerung eines qualifizierten Sachverständigen und damit nicht bindend. Es zwingt uns zu nicht.“

Reaktion des CDU-Fraktionsvorsitzenden Kauntzner: „Gutachten sind Meinungsäußerungen und kein Gerichtsurteil.“

Und weiter: „Wir werden nichts tun, um die Mängel in dem vom Regierungspräsidium genehmigten Bebauungsplan zu beseitigen.“

Und noch mal weiter: „Es wird keine Initiative der CDU geben, Bauland in Grünland umzuwandeln.“

Reaktion vom Stadtverordneten Wolfgang Hof (FDP): „Meinetwegen kann das Dreckloch ewig da liegen bleiben.“

24. April 1990

Die Aktionsgemeinschaft hat beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel ein Normenkontrollverfahren mit dem Ziel beantragt, den Bebauungsplan Nr. 27 für nichtig zu erklären.

8. Mai 1990

Das Landesamt für Denkmalpflege in Wiesbaden teilt der Stadt Bad Homburg mit, dass die „Park-Ruine Kleiner Tannenwald“ unter Denkmalschutz gestellt wurde. Es erfolgte ein amtlicher Eintrag in das Denkmalsbuch des Landes Hessen.

Der Denkmalschutz greift jedoch nicht bei Bebauungsplänen, wie der Nr. 27, die vor dem 8. Mai 1990 gültig waren.

30. Januar 1991

Das Regierungspräsidium teilt mit, dass die Stadt Bad Homburg berechtigt ist, die Baugenehmigung des Schlosshotels zu versagen.

13. April 1991

Eine Bauvoranfrage des Bauträgers und der Investoren für eine „Herz-/Kreislauf-Klinik“ mit 108 Betten und Ambulanz wird eingereicht. Die AKT legt Widerspruch ein und betont, dass sie nicht gegen eine solche Klinik sei, jedoch gegen den Standort.

Verwunderlich, dass die Pläne der neuen Klinik fast im Detail mit denen des Kongresshotels vom September 1989 übereinstimmen.

Zwischenzeitlich haben die Investoren das Grundstück der ehemaligen Wäscherei Riedel erworben und möchten darauf Wohnungen bauen. Eine Bauvoranfrage hierfür läuft.

6. Dezember 1991

Die Herren Dr. Hamer und Kaunzner erklären bei einem Gespräch mit der AKT, dass die CDU kein Bauvorhaben dieser Größe unterstütze, sich jedoch mit den Anfragen auseinander setzen müsse.

Januar 1992

Das Ärzteteam, das als Betreiber der Herz-/Kreislauf-Klinik von den Investoren angegeben wurde, distanziert sich von dem Projekt.

7. Februar 1992

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Franz Kaunzner sagt in einer Pressekonferenz, dass seine Partei alles unternehmen werde, den Bau dieser REHA-Klinik zu verhindern. In der Sache „Schlosshotel“ werde man das laufende Normenkontrollverfahren abwarten.

27. Februar 1992

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag der Opposition auf Änderung des Bebauungsplans ab.

30. Juni 1992

Das Regierungspräsidium teilt mit, dass die REHA-Klinik nach der vorgelegten Betriebsbeschreibung dem Bebauungsplan entspreche.

28. August 1992

Das Regierungspräsidium ändert seinen Bescheid vom 30. Januar 1991 und weist die Stadt Bad Homburg an, die Baugenehmigung für das Schlosshotel zu erteilen.

11. September 1992

In Anbetracht der möglichen Baugenehmigung stellt die AKT beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof einen „Antrag auf einstweilige Anordnung zur Abwehr irreparabler Schäden am Kleinen Tannenwald“.

14. September 1992

Die AKT legt Widerspruch beim Verwaltungsgericht gegen die Anweisung des Regierungspräsidiums ein, weil die AKT entgegen der Verwaltungsvereinbarung vom 10. November 1989 – sie erinnern sich: gegenseitige Informationspflicht – nicht informiert wurde.

21. September 1992

Der Hessische Verwaltungsgerichtshof teilt mit, dass vor Anfang 1993 keine Entscheidungen getroffen werden könne.

Über das folgenden Ereignis liegen mir keine Unterlagen vor. Laut Protokoll der Bürgerversammlung vom 29. März 1993 hat im Winter 92/93 der 4. Senat des Verwaltungsgerichtshof den Bebauungsplan Nr. 27 für nichtig erklärt.

29. März 1993

Auf einer Bürgerversammlung formuliert die AKT eine Forderungsliste an die neu gewählten Stadtverordneten formuliert, die u.a. enthält:

- Das Endziel muss der Übergang des Kleinen Tannenwalds in den Besitz der Stadt sein
 - Rekultivierung des Kleinen Tannenwalds mit Hilfe eines Kuratoriums oder einer Stiftung
-